

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----------|
| BO Amann und RFJ-Landesobfrau Nicole Hosp: Die Wirtschaftskrise schlägt zu - Angebot an Lehrstellenplätzen bricht dramatisch ein! | Seite 2 |
| Fortsetzung Seite 2 - Jugend braucht Chancen für Erstbeschäftigung in der Wirtschaft! | Seite 3 |
| VP Krenn fordert Senkung des EURIBOR als entscheidende Basis für Firmenkredite RFW-Bundesgeschäftsstelle wünscht ein frohes Weihnachtsfest! | Seite 4 |
| RFW-Burgenland - Jahresrückblick 2008 - Erfolgreiche Arbeit auf allen Ebenen | Seite 5 |
| RFW-Kärnten - Kommr Hubert Knallnig - Gratulation zum 60iger! Tag der offenen Tür der Firma OSMA Trocknersysteme in Obervellach 30-jähriges Bestehen der Wäscherei Töffler Betriebsbesuch bei SIGNUM-Siebdruck Gesellschaft mbH..... | Seite 6 |
| RFW-Niederösterreich in den Hallen der "gesetzgebenden Macht" RFW-Adventzug bereits zum 12. Mal in Baden unterwegs! NAbg. Bernhard Themessl: Regierungsmaßnahmen gegen Krise fehlt es an Elan! | Seite 7 |
| RFW-Oberösterreich - LO Ing. Wolfgang Klinger - Unternehmen müssen leichter an Kredite kommen. NAbg. Roman Haider: Regierungsprogramm glänzt im Tourismus mit leeren Stehsätzen! NAbg. Alois Gradauer: Medienförderung darf nicht missbraucht werden! | Seite 8 |
| Die Landesgeschäftsstelle des RFW-Steiermark übersiedelt ins "Marlandhaus"! Wirtschaftsstammtisch der Bezirksgruppe Graz und Graz-Umgebung Terminavisio - Landtag am 24. Jänner 2009..... | Seite 9 |
| RFW-Tirol - Tiroler Politik gefährdet weiter den freien Warenaustausch in der EU Vorstellung: Klaus Wurm - neuer Landesgeschäftsführer | Seite 10 |
| RFW-Vorarlberg erwartet sich rasche Hilfe für die Wirtschaft vom Sozialpartnergipfel Neues Arbeitszeitgesetz ist noch nicht in den Kollektivverträgen angekommen! | Seite 11 |



BO Amann und RFJ-Landesobfrau Nicole Hosp: Die Wirtschaftskrise schlägt zu - Angebot an Lehrstellenplätzen bricht dramatisch ein!

Die drohende Wirtschaftskrise macht sich nun auch in Sachen Lehrstellenangeboten sichtlich bemerkbar. Nach der Abschaffung des Original Blum-Bonus durch die Regierung, scheint sich die Situation im Bereich des Angebots an Ausbildungsplätzen dramatisch zu verschärfen. Konnte mit Einführung des Blum-Bonus ab 2004 eine überdurchschnittliche Steigerung an Lehrstellen erzielt werden, so greifen die derzeitigen Maßnahmen der Bundesregierung nicht mehr. Statt den zusätzlichen 5.000 Lehrstellen Österreich weit, gibt es heuer 1.600 Lehrstellen weniger, wobei Vorarlberg noch ein Plus von 0,3 Prozent bei den Erstlehrlingen verzeichnen kann.

Es wird es zu einer Trendumkehr kommen. Die drohende Rezession verunsichert die Betriebe. Investitionen in die Ausbildung von Facharbeitern sind betriebswirtschaftlich kaum vertretbar. Die Kosten für die Gesamtausbildung, sowie die Gefahr, dass es durch falsche Berufsauswahl zum Lehrabbruch kommt, können die mittelständischen Betriebe sich nicht mehr leisten, da die erwirtschafteten Erträge dafür nicht ausreichen. Daher ist die Politik gefordert rasche Maßnahmen zu setzen, damit auch für die Zukunft ausreichend Facharbeiter ausgebildet werden können.

Unserer Vorschläge dazu:

Jugend fürs Erwerbsleben fit machen:

Es sind nicht nur lang gediente Mitarbeiter in den Betrieben von drohender Arbeitslosigkeit betroffen, vielen Jugendlichen gelingt der Start ins Erwerbsleben erst gar nicht. Mit dem von Land, Sozialpartnern und AMS ausgearbeiteten Jugendbeschäftigungsplan 2009 wird nun versucht, mit unterschiedlichen Instrumenten die Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren.

Im Landesbudget von Vorarlberg sind z. B. seit vielen Jahren Mittel für die duale Ausbildung fest verankert. Berufsschulen sind technisch auf höchstes Niveau gebracht. Es ist allerdings äußerst bedauerlich, dass gerade ÖVP und SPÖ auf Bundesebene den erfolgreichen Blum-Bonus in seiner ursprünglichen Form ausgehöhlt haben und wieder einmal die Länder für begangene Fehler der entscheidungsunwilligen Bundesregierung gerade stehen und korrigierend einspringen muss.



Ich erwarte mir, dass die neue/alte Bundesregierung sich sofort an die Wiedereinführung des Original-Blum-Bonus macht.

Wo sind denn die von der „Zwanzigmonatsregierung“ vollmundig versprochenen zusätzlichen 5.000 Lehrstellenplätze geblieben? Ganz im Gegenteil: Es gibt heuer 1.637 Lehrstellen weniger. Mit dem Original-Blum-Bonus wurden neu geschaffene Lehrstellenplätze mit monatlich 400,-- Euro gefördert, was in den vergangenen Jahren nachweislich zu einer signifikanten Umkehr des schon kontinuierlichen Lehrstellenabbaus führte und eine unerwartete Zunahme von solchen Ausbildungsplätzen verzeichnet werden konnte.

Diese Erfolgsgeschichte gerade in Zeiten der weltweiten Wirtschaftskrise einfach durch Streichung dieser Förderung abzuwürgen ist geradezu ein Anti-Ausbildungs- und Chancenvernichtungspaket dieser Verliererkoalition. Sich selbst eine 15 prozentige Fraktionsgeld-Erhöhung zu genehmigen und bei der jungen Generation für deren notwendigen Ersteinstieg in das Berufsleben so primitiv einzusparen, zeigt einmal mehr die nicht vorhandene Sozialkompetenz der realitätsentfremdeten, dafür aber pragmatisierten Beamten und Gewerkschafter bei SPÖ und ÖVP.

Der Scheck für den Check:

Wir sehen uns immer mehr der Tatsache gegenüber, dass immer mehr Beschäftigungsprogramme für Jugendliche mit Defiziten entwickelt werden müssen. Aus diesem Grund müssen wir junge Menschen noch zielgerichteter auf das Berufsleben vorbereiten.

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung Seite 2:

Jugend braucht Chancen für Erstbeschäftigung in der Wirtschaft!

Wir treten dafür ein, dass alle Schulabgänger einen BIFO-Scheck erhalten, im Rahmen dessen sie ihre Neigungen bzw. Eignungen für die diversen Berufssparten abtesten können. Also, wenn Sie so wollen, ein „Scheck für den Check.“

Nur wenn es uns gelingt, die Jugendlichen spezifisch nach deren persönlichen Potentialen auszubilden, wird auch ein entsprechender Ausbildungserfolg in der Lehre eintreten.

Lehrlingsbetriebe finanziell unterstützen:

Ein ganz entscheidender Teil dieses Ausbildungserfolges geht auf das Engagement der heimischen Klein- und Mittelbetriebe zurück. Wollen wir die Jugendbeschäftigung steigern, so kommen wir nicht umhin, Betriebe bei der Einrichtung von zusätzlichen neuen Ausbildungsplätzen ebenso zu unterstützen. Dabei geht es weniger um die Personalkosten, sondern viel mehr um die Investitionskosten. Ebenso wie man von Seiten der Regierung bereit ist, eine entsprechende Schulinfrastruktur bereit zu stellen, sollte man Lehrlingsbetriebe bei der Schaffung neuer Ausbildungsplätze unterstützen.

Wir können uns auch vorstellen, dass besonders für Kleinbetriebe bis etwa 25 Mitarbeiter, die in ausgewiesenen Betriebsgebieten in Vorarlberg ihren Standort haben, gemeinsame Lehrwerkstätten - ähnlich wie es die Industrie schon vorexerziert - eingerichtet werden. Das wäre ein zukunftsweisender Ansatz, um Betriebe zur Schaffung zusätzlicher Lehrplätze zu animieren.

Gleichstellung von Lehrstellenplatz und Schulplatz:

Jeder Schulplatz wird mit Steuergeldern eingerichtet und zu einem gewissen Teil sollte dies auch für die Einrichtung von zusätzlichen Lehrlingsplätzen gelten. Wir müssen endlich auch eine faire Gleichstellung zwischen Lehrplatz und Schul- bzw. Studienplatz schaffen, um einerseits das Image der

Lehre weiter aufzuwerten und andererseits Kritikern und Schlechtrednern der dualen Ausbildung die Argumente zu nehmen. Keine Sonntagsreden, sondern die Unterstützung von finanziellen Investitionen für Lehrbetriebe sind angesagt.

ÖPNV-Freifahrten auch für den Besuch von Blockzeitschulen in den Bundesländern:

Während die Fahrt zu den Berufsschulen im Lande durch den ÖPNV kostenlos oder begünstigt sind, gilt das für jene Berufsschüler nicht, die mangels an Schülerzahlen zum Besuch von Blockzeitschulen in den anderen Bundesländern gezwungen sind. Zudem müssen deren Eltern auch für die Internatskosten an diesen Schulen aufkommen. Und wenn diese Lehrlinge auch an den Wochenenden zu Hause sein wollen, müssen sie alle die Reisekosten selber tragen. Immerhin kostet etwa ein ÖBB-Ticket von Bregenz nach Salzburg an die 60,- Euro.

Hier sollte mit dem ÖKO-Ticket zum Preis von 19,99 Euro, in Verbindung mit dem Berufsschulenausweis, mindestens für die Dauer der Berufsschulzeit jede Fahrt zwischen Schul- und Wohnort kostenlos sein. Mit der Ungleichbehandlung zwischen Berufsschul-typen, auf Kosten der Lehrlings-Eltern, muss Schluss sein! Wir fordern diesbezüglich nur eine Gleichbehandlung der Lehrlinge, wie sie für jeden anderen Schüler und Studenten im Land auch gilt.

Beispiel: Kosten für einen Lehrling:

| | |
|------------------|-------------------------------|
| Internatskosten: | € 750,- (Betrieb oder Eltern) |
| Schulbücher: | € 50,- (Betrieb oder Eltern) |
| Vorteilscard: | € 20,- (Eltern) |
| Zugfahrt: | 10 mal € 60,- (Eltern) |

Die Gesamtkosten für 2 Monate Schule betragen 1.420,- Euro.

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage - www.rfw.at!

Interesse an Eintragungen in das elektronische Branchenverzeichnis des RFW?

Mail an reinsperger@rfw.at bzw. 01/4082520-16

RFW fordert Senkung des EURIBOR

Utl.: WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn: EURIBOR ist entscheidende Basis für Firmenkredite

Angesichts der rapiden Verschlechterung der Konjunktur hat die US-Notenbank ihren Leitzins auf 0,25% gesenkt. Matthias Krenn, WKÖ-Vizepräsident und stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW), fordert aber nicht nur einen ähnlich kräftigen und raschen Schritt von der EZB in Hinblick auf den Leitzins sondern im selben Ausmaß eine Senkung des EURIBOR:

„Firmenkredite werden meist an den EURIBOR gebunden. Eine Senkung des Leitzinses hilft nur den Banken billig an Geld zu kommen, diese geben aber die günstigen Konditionen meistens nicht

sofort an die Wirtschaft weiter. Für die Unternehmer ist das reine Augenauswischerei.

Deshalb fordern wir vom RFW eine weitere Senkung des EURIBOR in größerem Ausmaß um den heimischen Wirtschaftstreibenden in diesen schwierigen Zeiten rasch und effektiv unter die Arme greifen zu können.“



**Am Ende des alten Jahres
danken wir für die
angenehme Zusammenarbeit
und wünschen ein frohes
Weihnachtsfest und ein
gutes und erfolgreiches
Jahr 2009**

BO KommR Ing. Fritz Amann
WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn
und BGF Ernst Lengauer
namens aller Mitarbeiter



Die RFW-Bundesgeschäftsstelle ist von 23. Dezember 2008 bis 6. Jänner 2009 geschlossen!

RFW-Burgenland: Jahresrückblick 2008**Utl.: Erfolgreiche Arbeit auf allen Ebenen!****Die Abkoppelung des Südburgenlandes beenden!**

"Die Wirtschaftskammer Burgenland soll sich bei Bund & Land dafür einsetzen, dass die Infrastruktur des Südburgenlandes durch Ausweitung des hochrangigen Straßennetzes im Norden, rasch in Angriff genommen wird", verlangte der RFW-Fraktionsführer im Burgenländischen Wirtschaftsparlament in der letzten Sitzung.

Die einstimmige Beschlussfassung zeigte dabei, dass diese Forderung vielen Burgenländischen Unternehmen seit langem ein Anliegen ist.

Die verkehrsmäßige Vernachlässigung des Südburgenlandes darf nicht länger hingenommen werden. Wer heute zur Erledigung seiner geschäftlichen Tätigkeit vom Bezirk Oberpullendorf in die südlichen Bezirke und umgekehrt vom Süden in die Landesmitte will, hat eine Tortur sondergleichen vor sich.

Kaum eine Gemeinde auf dieser Route kann umfahren werden. Eine mühsame Ortsdurchfahrt reiht sich an die andere. Nachdem der Norden längst durch Autobahnen und Schnellstraßen unterstützt wurde, ist es höchst an der Zeit, sich - auch im allgemeinen Interesse - endlich um den Süden zu bemühen.

Nachdem anlässlich der drohenden wirtschaftlichen Rezession der Bund zusätzliche Impulse zur Ankurbelung der Wirtschaft setzen will, sollen die aktuellen Chancen in geeigneter Form genützt werden. Und dies rasch!

Sicherheitsantrag

"Die zunehmenden Einbrüche, Diebstähle und die damit im Zusammenhang stehenden enormen Sachbeschädigungen soll die Wirtschaftskammer zum Anlass einer Sicherheitsinitiative für gewerblich Selbständige nehmen", war Gegenstand eines zweiten Antrages von RFW-Landesobmann Karl Simon.

Es sollen jene geeigneten Maßnahmen getroffen werden, welche Burgenländische Klein- und Mittelbetriebe vor weiteren Schäden bewahren. Konkret

sind Initiativen - von Bund und Land - zu setzen, welche Sicherheitsorgane mit jenen Kompetenzen ausstatten, die den Schutz von Geschäftsbetrieben - insbesondere durch den Wegfall der ehemals bewährten Grenzkontrollen - in Zukunft sicherstellen.



U. a. sind mehr Polizei- und Bundesheerpräsenz und verstärkte Kontakte zu Unternehmen zur Koordinierung gemeinsamer Aktivitäten anzustreben.

Der neu gewählte Berufsgruppensprecher, Andreas Schweitzer, engagiertes Mitglied des RFW-Burgenland, ist berufen, sich diesem Anliegen in besonderer Form anzunehmen.

Andreas Schweitzer vertritt Berufsdetektive - Der RFW stellt Berufsgruppensprecher

Bei der gestrigen Mitgliederversammlung des burgenländischen Sicherheitsgewerbes wurde Andreas Schweitzer zum Berufsgruppensprecher gewählt.

Anlässlich seiner Bestellung bedankte er sich für die langfristige Vorarbeit bei seinem Kollegen Karl Schober, der bereits vor 2 Jahren initiativ wurde. Karl Schober, Mitglied des RFW-Landesvorstandes, vermisste bislang eine qualifizierte Vertretung von Berufsdetektiven und Bewachern.

Dies deshalb, weil diese Gewerbe weder Fachgruppe noch Fachvertretung haben und im Burgenland in der Allgemeinen Fachgruppe des Gewerbes "gerade noch geduldet werden".

Andreas Schweitzer stellte seine Ziele und geplanten Aktivitäten zur wirksamen Interessensvertretung vor, um diesen Berufsstand verstärkt ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu bringen.

KommR Hubert Knallnig - Gratulation zum 60iger!

Kaum zu glauben aber wahr!

Unser Hubert (Knallnig - Villacher Brauhof) feierte seinen 60. Geburtstag!

Aus diesem Anlass wurde ihm von LH Gerhard Dörfler und WKK-Vizepräsident BR Peter Mitterer die Ehrenurkunde für besondere Verdienste des Landes Kärnten verliehen! Wir gratulieren nochmals ganz herzlich!



Tag der offenen Tür der Firma OSMA Trocknersysteme in Obervellach



Kürzlich besuchte WKK-Vizepräsident BR Peter Mitterer die Firma OSMA Trocknersysteme GmbH in Obervellach zum Tag der offenen Tür.

Präsentiert wurden ihm von OSMA-Chef und Tochter die neuesten Produkte im Bereich Trocknen vom Schuh- und Stiefeltrockner bis hin zum Trocknen von Feuerwehrschränken war alles dabei!

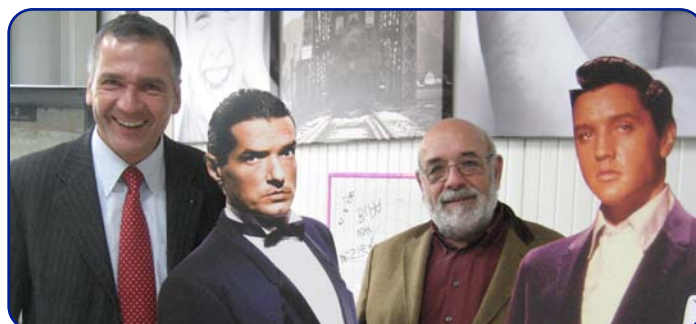
30-jähriges Bestehen der Wäscherei Töfflerl

Anlässlich des 30jährigen Betriebsbestehens der Wäscherei Töfflerl wurde Inh. Josef Töfflerl mit der Ehrenurkunde der Wirtschaftskammer Kärnten von Präsident Franz Pacher und WKK-Vizepräsident BR Peter Mitterer in Anerkennung der erfolgreichen Betriebsführung ausgezeichnet.



Betriebsbesuch bei SIGNUM - Siebdruck Gesellschaft mbH

WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn besuchte die Firma Signum in St. Veit an der Glan, wo Geschäftsführer Josep Jernej seinen neuen und mit modernster Technik ausgestatteten Betrieb präsentierte.



RFW-Niederösterreich in den Hallen der "gesetzgebenden Macht"**Utl.: Interessante Führung durch das Parlament mit weihnachtlichem Ausklang!**

Der RFW-Niederösterreich veranstaltete für seine Funktionäre eine Führung durch das Parlament mit anschließendem Punschtrinken am Christkindlmarkt beim Rathaus.

Organisiert wurde die sehr interessante Besichtigung vom NAbg. und stellvertretenden Landesobmann des RFW-NÖ, Bernhard Vock. Beeindruckt waren die Teilnehmer vor allem von der wunderschönen Säulenhalle und dem Plenarsaal, wo die Nationalratssitzungen stattfinden.

Einen weihnachtlichen Ausklang fand der Besuch des österreichischen Parlaments am Christkindlmarkt vor dem Wiener Rathaus, wo die Teilnehmer noch das ein oder andere Glas Punsch tranken, sich austauschen konnten und die wunderschöne Kulisse auf sich wirken ließen.

Der RFW-Adventzug bereits zum 12. Mal in Baden unterwegs!**Utl.: Weihnachtliche Bahnfahrt durch Baden den gesamten Advent hindurch!**

Bereits zum 12. Mal zieht der Adventzug des RFW-Niederösterreich im vorweihnachtlichen Baden bei Wien wieder seine Bahnen. Organisiert wie immer vom RFW-Bezirk Baden, stimmt der Adventzug Groß und Klein auf das bevorstehende Weihnachten ein.

Möglichkeiten auf den RFW-Adventzug aufzuspringen gibt es ab sofort jeden Dienstag bis Donnerstag von 14.30 bis 18.30 Uhr und Freitag bis Sonntag von 10.00 bis 13.00 Uhr und 14.00 bis 18.30!

**NAbg. Themessl: Regierungsmaßnahmen gegen Krise fehlt es an Elan!****Utl.: Konjunkturpaket II: Bis dato nur lose Zahlen und Eckpunkte!**

Wirtschaftssprecher NAbg. Bernhard Themessl kritisierte im Nationalrat, dass die Regierungsparteien zu lax und nicht energisch genug gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise vorgehen. Die Umsetzung der Maßnahmen dauere zu lange und es fehle am nötigen Elan.

Die angebliche "Mittelstandsmilliarde" der Regierung komme nicht dort an, wo sie ankommen sollte, bemerkte Themessl und bezweifelte auch die rasche Umsetzung des Paketes, da Bauprojekte nicht von heute auf morgen umgesetzt werden könnten - die langen Vorlaufzeiten bei Bauprojekten seien bekannt.

Weiters übte er daran Kritik, dass eine reine Tarifreform als Steuerreform verkauft werden solle. Das Ausmaß der Entlastung reiche bei weitem nicht aus. "Es ist eine Inflationsabgeltung seit der letzten Steuerreform und sonst nichts! Dazu kommt noch, dass immer davon gesprochen wird, dass die Reform mit 1.1.2009 kommt. Fakt ist, dass sie frühestens im April 09 beschlossen werden soll. Eine Entlastung der Bürger

mit Jahresanfang wird es daher nicht geben! Eine Kaufkraftstärkung erfolgt frühestens im zweiten Halbjahr 09", so Themessl.

Das angebliche Konjunkturpaket II, das über mehrere Jahre verteilt werden soll, sei ebenfalls kritisch zu hinterfragen, meinte Themessl, "da bis dato nur lose Zahlen und Eckpunkte vorliegen und sonst nichts. Es gibt keinen Fahrplan und schon gar keine Konturen. Es gibt nur eine Absichtserklärung und sonst nichts!" Der Beschluss- bzw. Umsetzungstermin stehe in den Sternen.

Das Vertrauen in die Regierung und der gepriesene Optimismus der verbreitet werde, lasse anhand der Regierungstaten nichts Gutes hoffen, bemerkte Themessl. In Bezug auf deutsche Medien, die angesichts der deutschen Konjunkturmaßnahmen den Begriff "Merkel mutlos" verwendeten, lasse sich für Österreich ohne weiteres "Faymann feige" umlegen.

RFW-Oberösterreich - LO Ing. Wolfgang Klinger**Utl.: Unternehmen müssen leichter an Kredite kommen!**

Nach den Eigenkapitalspritzen für die heimischen Banken muss auch die Zuteilung der Kredite, insbesondere an die kleinen und mittleren Unternehmen, sichergestellt werden.

Um die Unternehmensfinanzierung durch die Banken sicherzustellen, fordert Klinger, dass der Bund bei jenen Banken, die sich an Steuermitteln bedienen wollen, ein Mitspracherecht erhält. Zudem will der RFW, dass die auszuzahlenden Mittel eine regionale Wirkung entfalten und dass Unternehmen keine

Risikoaufschläge für Kredite vorgeschrieben werden. Außerdem sei es dringend notwendig, alle Kreditvergeberichtlinien, die mit Basel II zusammenhängen, außer Kraft zu setzen, die Zinssätze für die Kredite an die KMUs müßten attraktiver werden.

**NAbg. Roman Haider: Regierungsprogramm glänzt im Tourismus mit leeren Stehsätzen! Utl.: Keine Ideen, keine Visionen - man verlässt sich auf die WIFO-Studie!**

Tourismussprecher und Mitglied des RFW-Landesvorstandes, NAbg. Mag. Roman Haider, kritisiert das neue rot-schwarze Regierungsprogramm heftig:

"Im Bereich Tourismus und Freizeitwirtschaft glänzen SPÖ und ÖVP mit leeren Stehsätzen und Allgemeinplätzen. Sie haben mehr als offensichtlich keine Ideen und Visionen, sondern verlassen sich zur Gänze auf die WIFO-Tourismus Strategie 2015-Studie," so Haider.

Bis auf die Haftungsverdoppelung für die ÖHT und Erhöhung der Top-Förderung hat man sich bei

Erarbeitung des Regierungsprogrammes hier nur auf allgemeine Formulierungen geeinigt, aus denen man alles und nichts herauslesen kann.

Speziell bei der Österreich-Werbung wird man genau beobachten müssen, ob die befürchtete 'Übernahme' durch die Wirtschaftskammer auf leisen Sohlen verwirklicht werden soll.

**NAbg. Alois Gradauer: Medienförderung darf nicht missbraucht werden!****Utl.: Presseförderung des ORF**

Die Presseförderung hat für das Jahr 2008 circa 13 Millionen Euro betragen. Drei Viertel dieses gesamten Betrages gehen an nur 14 österreichische namhafte Zeitungen und Zeitschriften.

Aus einem E-Mail geht hervor, dass in einem bekannten Printmedium in den Führungsbereichen Gehälter bis zu 25.000 Euro pro Monat üblich sein sollen. Im ORF gibt es sowieso märchenhafte Gagen, die dazu beitragen, dass der ORF derzeit am Hungertuch nagt und kurz vor dem Konkurs steht.

"Das Durchschnittsnettoeinkommen beim ORF beträgt sage und schreibe 83.000 Euro jährlich",

zeigt sich NAbg. Alois Gradauer erstaunt.

Ein Entschließungsantrag über eine verpflichtende Offenlegung von Gehältern und sonstigen Zuwendungen, welche von Medienunternehmen an Herausgeber und Chefredakteure ausbezahlt werden und die mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, soll Licht in die Landschaft der Medienförderungen bringen.



Die Landesgeschäftsstelle des RFW-Steiermark übersiedelt!

Utl.: Ab Februar 2009 finden Sie uns im "Marlandhaus"

Nach fast 15 Jahren am Griesplatz ist der Entschluss zum Umzug an einen besonders verkehrsgünstigen und modernen Bürostandort gefallen. Die Räumlichkeiten befinden sich im sogenannten Marlandhaus in der Grabenstraße 75. Die unmittelbaren Vorteile sind die Lage direkt gegenüber der Wirtschaftskammer, leichtere Erreichbarkeit, und wesentlich bessere Parkmöglichkeiten.

Die Umsiedelung vollzieht sich in der zweiten Februarhälfte 2009 und wir ersuchen schon jetzt um Verständnis, wenn in der Zeit bis dahin Einschränkungen in der Bürotätigkeit anfallen werden. Der Vollbetrieb in den neuen Räumlichkeiten ist jedenfalls ab dem 2. März 2009 gesichert.

Die Landesgeschäftsstelle wird unverändert unter der gewohnten Rufnummer erreichbar sein.



Wirtschaftsstammtisch der Bezirksgruppe Graz und Graz-Umgebung

Bezirksobmann Christoph Hötzl referierte über die Förderungen für die Wirtschaft durch die Stadt Graz und das Land Steiermark.

Die einzige Förderung, die die Stadt Graz für Wirtschaftstreibende bieten kann ist die Baustellenförderung, wobei durch Bauarbeiten betroffene Betriebe eine Einmalzahlung von € 800,- erhalten können. Landesförderungen werden generell durch die SFG abgewickelt.



Terminavisos: Landestag des RFW-Steiermark am 24. Jänner 2009

Der RFW-Steiermark lädt zum 21. ordentlichen Landestag:

Datum: Samstag, den 24. Jänner 2009
Uhrzeit: 11:00 Uhr
Ort: Sporthotel Royer, Europaplatz 583, 8970 Schladming

Die RFW-Landesgeschäftsstelle ist von 24. Dezember 2008 bis 6. Jänner 2009 geschlossen! Wir wünschen ein frohes Fest!

RFW-Tirol - BO Amann: Tiroler Politik gefährdet weiter den freien Warenaustausch in der EU

Utl.: Anbahnende Kompromisslösung in Sachen sektorales Fahrverbot ist für die Gesamtwirtschaft nach wie vor problematisch

Während die Wirtschaftskammer Vorarlberg in ihrer Zeitung verkündet, dass man einen großen Erfolg in Sachen sektoralem Fahrverbot in Brüssel feiern konnte, gehen die Uhren in Tirol offenbar noch anders. Dort versucht man nämlich mit einem Täuschungsmanöver die EU-Kommission mit einem faulen Kompromiss von einer EU-Klage durch eine einstweilige Verfügung abzuhalten. Damit bleibt der freie Warenaustausch in der EU aber weiter gefährdet, so der RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, in einer Aussendung.

Amann dazu: „Laut Transportforum Tirol sieht der Kompromiss offenbar eine Ausnahme vom Fahrverbot für Euro 4 und 5 LKWs vor. Das ist zwar ökologisch richtig, weil man im Sinne des Verursacherprinzips an den Emissionen und nicht an den Gütern anzuknüpfen hat. Eine Ad-hoc-Umfrage bei den betroffenen Spediteuren hat aber ergeben, dass eine generelle Ausnahmegenehmigung für Euro 4 und 5 mittelfristig akzeptiert werden kann, es aber angemessene Übergangsfristen für Euro 3 braucht.“

Es gibt nämlich viele betroffene Fuhrbetriebe im Land, deren Fuhrpark noch zu 50 Prozent und mehr

aus Euro 3 Lkw besteht. Teilweise sind dort Lkw erst 3 Jahre alt und somit noch nicht abgeschrieben bzw. amortisiert. Dafür müssen mehrjährige Übergangsfristen eingeräumt werden.“

Wer den uneingeschränkten Warenverkehr verhindert, der macht sich mitschuldig an der Wirtschaftskrise und dem damit verbundenen Verlust von tausenden Arbeitsplätzen. Österreich und speziell Vorarlberg ist ein Exportland und ohne Warentransport der im Land produzierten Güter bricht die Wirtschaft zusammen.

Daher kann es nicht angehen, dass ein Bundesland sich als Region abschottet und damit den gesamten Wirtschaftsstandort gefährdet. Ökologische Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ja, aber nur im Einklang mit dem europäischen Grundprinzip des freien Warenverkehrs, so der RFW-Bundesobmann KO Ing. Fritz Amann, abschließend.



Personelles - Neuer Landesgeschäftsführer - Klaus Wurm

Ab Dezember 2008 verstärkt Klaus Wurm als Landesgeschäftsführer das Team des RFW-Tirol und wird in den nächsten Wochen und Monaten schwerpunktmäßig alle Mitglieder und Interessenten ansprechen und eventuell mit dem neuen RFW-Mobil besuchen.

Klaus Wurm dürfte Ihnen nicht ganz unbekannt sein, da er bereits langjährig als Pressesprecher und parlamentarischer Mitarbeiter für zwei Nationalratsabgeordnete tätig und bei fast allen Wahlkämpfen der letzten Jahre in ganz Tirol unterwegs war.



Erreichbarkeit des RFW-Tirol

LO KommR Winfried Vescoli:

Tel.:

0676/4171771

E-mail:

w.vescoli@aon.at

LGF Klaus Wurm:

Tel:

0664/88445857 (tgl. 9.00 bis 13.00 Uhr)

Email:

tirol@rfw.at

RFW-Vorarlberg erwartet sich rasche Hilfe für die Wirtschaft vom Sozialpartnergipfel

Utl.: LO KommR Ing. Eduard Fischer: Arbeitszeit der Auftragslage anpassen!

Vom morgen stattfindenden Sozialpartnergipfel erwartet sich der RFW-LO von Vorarlberg, WK-Vizepräsident Ing. Edi Fischer, rasche Hilfe für die Wirtschaft. Schließlich liegen gute Ideenansätze wie das Modell der Kurzarbeit oder die Einrichtung einer Vorarlbergstiftung von Bundesobmann Ing. Fritz Amann vor.

Fischer dazu: „Wichtig ist, dass wir die Mitarbeiter in den Betrieben und damit im Erwerb halten können, weil das für die gesamte Volkswirtschaft die günstigste und sinnvollste Maßnahme ist. Neben dem neuen Kurzarbeitszeitmodell würde gerade die optimale Ausnutzung des neuen Arbeitszeitrechts als flexibles Gestaltungsmodell in der Auftragsbearbeitung am meisten Wirkung erzielen. Leider wurde dies noch nicht in den Kollektivverträgen umgesetzt, da hier die Gewerkschaft immer noch blockiert. Daher erwarte ich mir seitens der Arbeitnehmervertreter ein Ende der Blockade für flexible Arbeitszeiten mit betriebswirtschaftlich sinnvollen Durchrechnungszeiträumen.“

Wenn wir die Wirtschaftskrise einigermaßen ohne größere Schäden für die Gesamtwirtschaft bewältigen wollen, dann müssen wir die Arbeitszeit der Auftragslage anpassen können und damit aus dem starren Arbeitszeitkorsett ausbrechen. Nachdem wir nicht wollen, dass der Leasingarbeiter der

Arbeitnehmer der Zukunft ist, brauchen wir flexible Arbeitszeiten mit möglichst großen Durchrechnungszeiträumen als innerbetriebliche Gestaltungsmöglichkeit, damit auch in Zukunft leistungsgerechte Löhne gezahlt werden können, so der Vorarlberger Landesobmann, VP Ing. Edi Fischer, abschließend.



Sehr erfreut über das inhaltliche Ergebnis des heutigen Sozialpartnergipfels zeigt sich der BO KO Ing. Fritz Amann in einer ersten Reaktion.

Amann dazu: „Beim Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Wirtschaft und dem damit verbundenen Erhalt von vielen Arbeitsplätzen finde ich mich inhaltlich mit meinen Ideen und Vorschlägen voll und ganz bestätigt. Ich gratuliere dem neuen Landesrat zur Meisterung seiner ersten großen Hürde. Er sowie die Sozialpartner haben die Zeichen der Zeit erkannt und rasch im Sinne des Wirtschaftsstandortes und der Arbeitnehmerschaft reagiert. Mit diesem Maßnahmenprogramm sollte es uns gelingen, die schlimmsten Auswirkungen der Wirtschaftskrise langfristig zu bekämpfen.“

Neues Arbeitszeitgesetz ist noch nicht in den Kollektivverträgen angekommen!

Utl.: Mitterlehner und Hundsdorfer haben Handlungsbedarf!

Nachdem diesmal die Vertreter der Sozialpartner - Wirtschaftskammergeneralsekretär Mitterlehner und ÖGB Chef Hundsdorfer - in die für die Unternehmen wichtigen Ressorts Wirtschaft und Soziales eingezogen sind, erwarte sich der RFW-LO von Vorarlberg, WK-Vizepräsident Ing. Edi Fischer, dass die getroffenen Vereinbarungen auf Sozialpartnerebene auch endlich in die Praxis umgesetzt werden.

Fischer dazu: „Das neue von der Regierung beschlossene Arbeitszeitflexibilisierungsgesetz mit einem Durchrechnungszeitraum von einem Jahr ist nämlich noch nicht in den Kollektivverträgen angekommen und damit ein harmloser Papiertiger. In meiner Branche gilt weiter der im Kollektivvertrag vereinbarte Zeitraum von 13 Wochen. Angesichts der drohenden Wirtschaftskrise ist das ein Modell, das

wenig Spielraum lässt und ist daher nicht geeignet, über eine wirtschaftlich vernünftige Zeitkontenführung Mitarbeiter eine Dauerbeschäftigung zu gewährleisten.“

Hier sollten die ehemaligen Sozialpartner in der morgen angelobten Regierung rasch reagieren, schließlich geht es um den Erhalt tausender Arbeitsplätze. Was über Jahre mühsam auf Sozialpartnerebene in verträglichen Kompromissen erzielt wurde, soll nun endlich durch die Bundesregierung auf allen Ebenen umgesetzt werden, schließlich braucht die Wirtschaft ein modernes und zeitgemäßes Arbeitszeitmodell, so der Vorarlberger Landesobmann, VP Ing. Edi Fischer, abschließend.